

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

AMERIKAS PRÄSENZ IN SÜDOSTASIEN

Der Krieg in Vietnam wächst sich für die Vereinigten Staaten sowohl in militärischer als auch in politischer und psychologischer Hinsicht zu einer immer größeren *Belastung* aus. Militärisch ist angesichts der Guerillataktik des Vietcong ein Ende des Kampfes nicht abzusehen. Politisch stützen sich die Amerikaner auf ein Militärregime, dessen Legitimität umstritten und dessen Basis in der Bevölkerung Südvietnams offensichtlich recht schmal ist. Psychologisch schließlich hat die Administration Johnson sowohl innerhalb der USA als auch in der gesamten Weltöffentlichkeit mit einer ständig wachsenden Bewegung zu kämpfen, die ihre Vietnampolitik ablehnt und das amerikanische Engagement in Südostasien scharf kritisiert. Ohne Zweifel haben sich die Vereinigten Staaten in Vietnam in eine *schwierige Position* manövriert; die Entwicklung in Indochina hat ihre Auswirkungen auf die Politik Washingtons in den übrigen Erdteilen, nicht zuletzt auch auf den Gang der Ereignisse in Europa. Die Frage drängt sich auf, ob sich der amerikanische Einsatz in Vietnam überhaupt lohne.

Die Eindämmung des Kommunismus

Die Unterstützung Südvietnams durch die USA ist aus der von John Foster Dulles verfochtenen Politik der Eindämmung des Kommunismus heraus erwachsen. 1954 weigerte sich Dulles, den Genfer Indochina-Abkommen beizutreten, weil er — wie die spätere Erfahrung gezeigt hat, nicht ganz zu Unrecht — diese Vereinbarungen als Erfolg des kommunistischen China betrachtete, dem sie die Möglichkeit eröffneten, ganz Südostasien in ihre Einflussphäre einzubeziehen. Dulles setzte dieser Entwicklung einen Damm entgegen durch die Schaffung der SEATO, dem südostasiatischen Gegenstück zur Atlantikpaktorganisation, und

durch die Unterstützung des südvietnamesischen Regimes unter der Führung von *Ngo Dinh Diem*, der über einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung verfügte, und dem es gelang, für ein paar Jahre die Situation südlich des 17. Breitengrades zu stabilisieren.

Es verging einige Zeit, bis Peking erkannte, daß ihm angesichts der amerikanischen Entschlossenheit, die Positionen in Südostasien zu verteidigen, die von den Genfer Abkommen erhofften Vorteile zu entgleiten drohten. Anfang der sechziger Jahre verstärkte sich deshalb der chinesische Druck auf Laos, Kambodscha und Südvietnam. Für Laos wurde 1962 auf einer neuen Genfer Konferenz eine Lösung gefunden, die ein labiles politisches Gleichgewicht garantierte. Immerhin zeigte die Entwicklung in Laos, daß Peking, bei aller Umsicht, mit der es zu Werke ging, letztlich doch gewillt war, seinen Herrschaftsbereich so weit als möglich nach Süden auszudehnen und sich dabei vor allem auf ihm ergebene einheimische Kräfte zu stützen.

Überparteiliche «Nationalen Befreiungsfront»?

Eine ähnliche Taktik wie in Laos wurde auch in Südvietnam angewandt, wo Ende 1960 in geschickter Regie von Hanoi aus ferngesteuert eine formell überparteiliche, tatsächlich aber unter kommunistischer Führung stehende «Nationalen Befreiungsfront» (NLF) geschaffen wurde, Kern und Kristallisierungspunkt der Vietcong-Rebellion. Ihre vollen Kräfte entfaltete diese «Befreiungsfront» erst, als im November 1963 das Regime Ngo Dinh Diems gestürzt wurde, das sich im Kampf gegen seine innenpolitischen Gegner — vor allen die Buddhisten — verbraucht hatte und in einen fast unlösbar Wirrwarr von Korruption und Familienintrigen geraten war. Damit fiel die letzte

innenpolitische Bastion Südvietnams, auf die sich die Amerikaner einigermaßen hatten stützen können. Die «Nationale Befreiungsfront» nützte dieses Vakuum aus, um nach innen wie nach außen den Anspruch zu erheben, legitimer Repräsentant des südvietnamesischen Volkes zu sein.

Der amerikanische Vietnam-Experte *George A. Carver jr.* schreibt in «Foreign Affairs» über die von der NLF entfesselte und von den übrigen kommunistischen Staaten eifrig unterstützte weltweite Agitation: «Diese Kampagne zugunsten der Nationalen Befreiungsfront hatte zum Ziel, der NLF weltweite Publizität zu verschaffen und ihr Prestige zu erhöhen. Die NLF sollte als eine aus einheimischen südvietnamesischen Kräften gebildete politische Koalition erscheinen (der auch einige kommunistische Mitglieder angehörten) und die spontan entstanden war, um die Auswüchse des von den Amerikanern unterstützten Diem-Regimes zu bekämpfen. Die NLF sollte als Bewegung genommen werden, der es um nichts anderes ging als um Frieden, Demokratie und Wiedervereinigung Vietnams, wie es in den Genfer Abkommen vorgesehen war. Obwohl der NLF von Nordvietnam und anderen sozialistischen Staaten der NLF moralische und gelegentlich auch materielle Hilfe zuteil werde — so wurde argumentiert —, sei die Befreiungsfront doch eine unabhängige politische Bewegung mit eigenem Willen und einer eigenen Politik.» (*George A. Carver jr.*, The faceless Viet Cong, in: *Foreign Affairs*, Vol. 44, Nr. 3, April 1966, S. 367.)

Dem Vietcong ist es gelungen, dieses «Image» einer nationalen Befreiungsbewegung auch in weiten Kreisen des Westens zu popularisieren. Die *Agitationswelle*, die damit hervorgerufen wurde und die in mancher Hinsicht an ähnliche Aktionen während des *Koreakrieges* und an die *Antiatomtodkampagne* erinnert, richtete sich automatisch in erster Linie gegen die USA und ihre Politik in Vietnam. Denn nach dem Sturz Diems hatte der Vietcong seine Anstrengungen zur Übernahme der vollen Herrschaftsgewalt in Südvietnam zu intensivieren begonnen. Die Amerikaner hingegen führten ihre Politik der Eindämmung des kommu-

nistischen Einflusses konsequent weiter und verstärkten ihr Engagement. Die Stufenleiter der «Eskalation» setzte ein, die über Entsendung amerikanischer Truppen und Ausdehnung der Bombardierungen auf militärische Ziele in Nordvietnam in die heutige kritische Situation führte, in der sich die USA einer immer härter werdenden Belastungsprobe ausgesetzt sehen.

Kettenreaktion eines Rückzuges

Man kann sich heute die Frage stellen, ob die Vereinigten Staaten mit ihrer Vietnampolitik in ein Abenteuer hineingeschliddert sind, bei dem der Einsatz in einem *Mißverhältnis* zu den erreichbaren Zielen steht. In Amerika selber sind, wie die *Senats-Hearings* dieses Frühjahrs ergeben haben, die Meinungen geteilt. In der Öffentlichkeit genießt Johnsons Politik, trotz lärmender Gegendemonstrationen, offensichtlich noch immer einen starken Rückhalt. Tatsächlich wären die Folgen eines bedingungslosen Rückzugs der Amerikaner aus Vietnam, wie ihn Hanoi immer wieder fordert, von katastrophaler Auswirkung auf die Position der Vereinigten Staaten in der ganzen Welt. Ohne Zweifel würde das gesamte Verteidigungssystem zusammenbrechen, das im Zeichen des «Containment» in Südostasien geschaffen wurde. Mit Vietnam würden *Laos*, *Kambodscha* und *Thailand* in die kommunistische Einflussphäre geraten. Der Druck auf das westlich orientierte *Malaysia*, dem durch die innenpolitischen Wirren in Indonesien eine Atempause verschafft worden ist, würde erneut einsetzen. Der äußere Rand von Chinas Hemegionalbereich würde bis an die Tore Australiens vorgeschoben. Als letzter Stützpunkt auf dem asiatischen Festland bliebe den Amerikanern dann nur noch Südkorea — für Washington alles andere als erfreuliche Perspektiven.

Aber auch über Ostasien hinaus müßte ein bedingungsloser Rückzug der Vereinigten Staaten aus Vietnam nur schwer übersehbare Folgen haben. Vor allem in *Europa*, wo angesichts der intransigenten Haltung de Gaulles in vielen Ländern die antiameri-

kanischen Affekte neu geweckt und gesteigert worden sind, wäre ein massiver Schwund des Vertrauens in das Wort Amerikas wohl unvermeidlich. Die Krise der NATO würde sich weiter verschärfen, die Bindungen an den Atlantikpakt sich weiter lockern. Daß eine solche Entwicklung den tatsächlichen Interessen eines freien Europa zuwiderlaufen würde, braucht nicht näher erläutert zu werden. In einer Welt, in der die Staaten und Nationen so nahe zusammengerückt sind, ist der *Kampf um die Freiheit unteilbar*. Die politischen Erfahrungen der vergangenen fünfzig Jahre haben gezeigt, daß ein Aggressor durch Nachgeben nicht beschwichtigt werden kann, sondern nur zu immer neuen Forderungen gereizt wird. Die Konsequenzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus diesen Erfahrungen gezogen worden sind, haben auch heute noch ihre Gültigkeit. Nur durch gemeinsame, weltweite Verteidigungsanstrengungen kann der Westen verhindern, daß seine Positionen allmählich unterhöhlt werden, abröckeln und schließlich zur leichten Beute aggressiver Mächte werden.

Kys fragwürdiger Kurs

Diese Erkenntnis schließt allerdings nicht aus, daß die Vereinigten Staaten einen vernünftigen Ausweg aus dem Dilemma der Vietnam-Politik suchen müssen. Präsident Johnson hat in den letzten Monaten verschiedene Anstrengungen in dieser Richtung unternommen. Er hat am 8. April des vergangenen Jahres in seiner Rede in Baltimore das kühne Projekt einer südostasiatischen Wohlstandssphäre entwickelt; er hat um die

Jahreswende 1965/66 eine große Friedensoffensive gestartet; er hat immer wieder seine Bereitschaft zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen bekräftigt. Diese Angebote blieben bislang ohne Echo.

Die intransigente Haltung der nordvietnamesischen Kommunisten wird wohl vor allem durch das innenpolitische Chaos in Südvietnam bestärkt. Das Regime des Fliegergenerals Ky ist tatsächlich nicht dazu angetan, nach außen hin großes Vertrauen zu erwecken. Kys rigoroses Vorgehen gegen seine inneren Widersacher wie beispielsweise die opponierenden buddhistischen Organisationen, zeugt von geringem Verständnis für die heikle Situation der USA. Aktionen, die innerhalb eines Bürgerkrieges einen zweiten Bürgerkrieg zu entfesseln drohen, sind Handlungen, die von einer fragwürdigen abenteuerlichen Gesinnung zeugen. Amerika wird sich wohl oder übel von den Hypotheken zu befreien suchen, die das Militärregime ihm auferlegt. Auf lange Sicht wird sich das Problem Vietnam ohnehin nur auf politischer Ebene lösen lassen. Das vietnamesische Volk hat nach den Genfer Abkommen von 1954, als ihm die Möglichkeit des Hinüberwechsels von einem Teil Vietnams in den anderen gegeben war, mit eindrücklicher Deutlichkeit *gegen den Kommunismus votiert*. Fast eine Million Flüchtlinge kamen damals aus dem Norden nach Süden. Diese Demonstration zeugt von einem politischen Willen, der ausgenutzt werden sollte, ehe der grausame und erbarmungslose Krieg, der in Vietnam nun schon seit mehr als zwanzig Jahren geführt wird, die Bevölkerung vollends in Resignation und Apathie versinkt läßt.

Fabius

ZWISCHEN RUSSISCHER HEGEMONIE UND OSTEUROPÄISCHER EMANZIPIERUNG

Der XXIII. Parteitag der sowjetischen Kommunisten war ein gelungener Aufstand der Bürokraten gegen die in den letzten Jahren aufgetretenen Auflösungserscheinungen im sowjetrussischen Totalitarismus. Besorgt um die egoistischen Interessen der eigenen hegemonialen Stellung in Staat und Gesellschaft entschloß sich die «neue Klasse», die oppositionellen Strömungen unter den Intellektuellen, Wirtschaftsmännern, Studenten und zum Teil auch unter den Industriearbeitern und Kolchosbauern einzudämmen. So ist dieser Kongreß, der im Frühjahr 1966 abgehalten wurde, von einem ganz anderen Geist getragen worden als die drei anderen Parteitage seit dem Tode Stalins. Auf dem XX. Parteitag Anfang 1956 hat die kompromittierte Diktatur eine Erneuerung durch die Zerstörung des Stalin-Mythos, Ankündigung der Liberalisierung im Innern und Proklamierung der Doktrin von der friedlichen Koexistenz in der Außenpolitik gesucht. Drei Jahre später, auf dem XXII. außerordentlichen Kongreß Anfang 1959, der schon im Zeichen einer etablierten Macht Chruschtschews stand, wurden Illusionen über einen angeblich nahenden Sieg im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten geweckt und es wurde der Übergang zum Kommunismus, das heißt zu einem Überfluß an Konsumgütern, verkündet. Moskau rechnete mit einer raschen wirtschaftlichen Integration des Ostblocks, die der Einigung Westeuropas ebenbürtig sein sollte und diese sogar in mancher Hinsicht zu übertreffen hatte. Aber die optimistische Zeitrechnung im Konkurrenzlauf mit Amerika erwies sich bald als eine falsche Prophetie Chruschtschews und der Integrationsprozeß im Comecon geriet ins Stocken.

Aber der inzwischen ausgebrochene Konflikt mit China brachte Zerwürfnisse im internationalen Kommunismus und hat die Hegemonie Moskaus im Ostblock schwer erschüttert. In einer solchen Lage versuchte Chruschtschew im Herbst 1961 durch die Einberufung des XXIII. Parteitages Ersatz-

lösungen zu finden, mit denen die Rückschläge verdeckt werden sollten. So kam es zu der zweiten Entstalinisierung und zur Verschärfung des Gegensatzes zu China und zum Bruch mit Albanien. Außenpolitische und wirtschaftliche Niederlagen wurden mit der Proklamierung eines neuen Parteiprogramms kaschiert; ein kommunistischer Volksstaat wurde als Zukunftsideal statuiert.

Konsolidierung im Innern

Nachdem sich bald gezeigt hatte, daß diese Methode die gewünschte Stabilität nicht sichern kann, ist der Schöpfer aller hektischen Reformpläne gestürzt worden. Die neuen Herren im Kreml sind ungeachtet aller Rivalitäten übereingekommen, daß man vor allem die Kontinuität der Parteiherrenschaft umfassend retten soll, weil das die einzige Voraussetzung für die Wiederherstellung eines intakten Herrschaftsapparates und der Vorrangstellung der sowjetischen Macht im Ostblock sei. Das wurde mit Hilfe von rigorosen Eingriffen in das bisherige Erneuerungswerk vollzogen. Die neue Führung hat vor allem den Abschied von jeglicher Entstalinisierung genommen. Das ist nicht so zu verstehen, daß die von Breschnew und Kossygin repräsentierte Oligarchie im Kreml den «status quo ante» wiederhergestellt hat. Daran haben die Nachfolger Chruschtschews überhaupt nicht gedacht, denn eine Restaurierung des Stalinismus wäre aus vielen Gründen mit erheblichen inneren Konflikten verknüpft und hätte außerdem die sowjetische Führung in ideologische und politische Schwierigkeiten mit mehreren kommunistischen Parteien des Auslandes sowohl im Ostblock (Polen, Ungarn) wie auch in Westeuropa (vor allem mit italienischen Kommunisten) verwickelt. Was man aber ausdrücklich wollte und auch realisiert hat, kann als ein Kompromiß mit der «unbewältigten Vergangenheit» bezeichnet werden. Man hat die Entstalinisierung begraben,

ohne den Stalinismus zu verherrlichen. Auf diese Weise wurden der Partei die von Chruschtschew sozusagen gestohlenen Jahre zurückerstattet. Alle Parteifunktionäre, ungeachtet dessen, welche Rolle sie im verbrecherischen Regime spielten, haben eine kollektive Absolution bekommen. Kein Partei-, Regierungs- oder Polizeibeamter, der unter Stalin diente, braucht in Zukunft zu fürchten, daß er sich irgendwann noch für die von ihm begangenen Untaten in der Zeitspanne zwischen den dreißiger und fünfziger Jahren zu verantworten habe. Dies ist wohl in einem übergeordneten geistig-politischen und staatsphilosophischen Sinne der schwerwiegendste Schritt, den die Nachfolger Chruschtschews gewagt haben. Zusammen mit der Wiederherstellung der alten Einrichtungen, wie das Politbüro und das Amt des Generalsekretärs der Partei und Abschaffung des Rotationsverfahrens in der mittleren und gehobenen Parteiarchie, das eine soziale Unsicherheit schuf, und mit der Rehabilitierung der Ideologie als eines Machtinstruments in den Händen der Parteiapparatschiks sind die Grundlagen für eine Konsolidierung der Diktatur gelegt worden. Hinzu kommt noch eine Art Partnerschaft mit der Generalität der Roten Armee, die sich in der Hofierung des Offizierkorps durch Breschnew auf dem XXIII. Parteitag bereits deutlich abzeichnete und seitdem als gesellschaftspolitisches Merkmal des neuen Herrschaftssystems offenkundig wird. Die Vertreter der Armee werden nunmehr auch zu den politischen und wirtschaftlichen Konferenzen und Kundgebungen eingeladen und sie werden in der Presseberichterstattung gleich nach den Parteifunktionären eben als deren Partner erwähnt. Das ist ein ausgesprochenes Novum.

Offensive Politik in Osteuropa

Gestützt auf die Beschlüsse dieses Parteitages hat sich die sowjetische Führung nunmehr auch dazu entschlossen, die schon unter Chruschtschew begonnene nationalkommunistische Emanzipierungsbewegung in Osteuropa unter die Kontrolle zu bringen.

Natürlich wird dabei die Schwäche des kommunistischen China ausgenutzt, das seit Monaten in eine ideologische Defensive geriet und schwere außenpolitische Niedergagen in Afrika und in Asien einstecken mußte. Aber auch die NATO-Krise und die Schwierigkeiten unter den Partnern des Gemeinsamen Marktes werden von den sowjetischen Politikern als Faktoren einkalkuliert, die den Druck auf die osteuropäischen Vasallenstaaten nur begünstigen. Moskau will auch die Gunst des Augenblickes nützen, die sich einfach daraus ergibt, daß die Vereinigten Staaten, in den Krieg in Vietnam verwickelt, heutzutage noch kaum eine nennenswerte Aktivität im osteuropäischen Raum entfalten. Daraus ergibt sich ein Machtvakuum in diesem Teil des Kontinents, das weder von Frankreich noch von der Bundesrepublik Deutschland ausgefüllt werden kann. Paris ist zwar diplomatisch in der Pflege von bilateralen Kontakten mit den ost- und südosteuropäischen Ländern, vor allem mit den einstigen Teilnahmestaaten an dem französischen Allianzsystem zwischen den beiden Weltkriegen sehr beschäftigt, aber der Schwung, mit dem die französische Diplomatie an dieses Werk der Wiederherstellung von alten Freundschaften herangeht, wird durch den gleichzeitigen Dialog mit dem Kreml bedeutend geschwächt. Denn die Emanzipierungsbewegung der osteuropäischen Völker und der kommunistischen Führungen, die sich an die Spitze dieser Strömungen stellen, richtet sich ja gegen die Sowjetunion. So steht die Diplomatie de Gaulles wenige Wochen vor dem Besuch des Generals in Moskau vor einem Dilemma, das wahrscheinlich unlösbar ist.

In dem Bestreben, eine stärkere Disziplinierung unter den osteuropäischen Verbündeten durchzusetzen, bedient sich der Kreml einer vielschichtigen Taktik. Einerseits wird das mit dem Argument verfolgt, daß der Krieg in Vietnam eine politische und militärische Koordinierung im Ostblock verlange. Andererseits dient die Diabolisierung der deutschen Gefahr auch diesmal den Sowjetführern als Druckmittel für einen erwünschten Zusammenhalt. Das letztere

zeitigt einen gewissen Erfolg lediglich in Warschau und in Prag, wo sich die Befürchtungen vor einer deutschen Dynamik mit einer bewußten Taktik der dortigen kommunistischen Herrscher überschneiden. In Südosteuropa hat das Jonglieren mit den angeblich von Bonn drohenden Gefahren seine Wirksamkeit eingebüßt. Lediglich die Budapester Führung folgt einer konformistischen Linie und unterstützt die Pläne Moskaus, was zum Teil auf die Schwäche des dortigen kommunistischen Regimes und seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion und auch den Gegensatz zu dem benachbarten Rumänien zurückzuführen ist, das seit zwei Jahren seine Obstruktionspolitik gegenüber Rußland mit Erfolg führt. Die Straffung der Disziplin unter den Satelliten wird von der Sowjetunion nicht direkt, sondern auf Umwegen versucht. Der Kreml plädiert für strukturelle Reformen im Warschauer Pakt und im Comecon, um auf diese Weise seine erschütterte Vormachtstellung in Osteuropa wieder zu festigen. Soweit man bis jetzt weiß, möchten die Sowjets durch die Hintertür einer solchen Reform in der militärischen Allianz auch eine politische Zentralisierung auf der Parteibasis einführen. Die Umwandlung des Comecons wird von der sowjetischen Seite damit begründet, daß die Stabilität in den zwischenstaatlichen Beziehungen auch im wirtschaftlichen Sektor notwendig sei. Dazu würden die heutigen Statuten und die vertraglichen Vereinbarungen dieser Wirtschaftsbehörde des Ostblocks nicht mehr ausreichen. Man müßte auch solche Faktoren wie die gemeinsame Planung, Sicherung der Absatzmärkte und der Rohstoffquellen sowie die materielle Verantwortung für die übernommenen Verpflichtungen anders als bisher verankern. Moskau möchte die Comecon-Partner stärker an sich binden mit Hilfe einer vermehrten Standardisierung und Vereinheitlichung der Produktion.

Das Veto Rumäniens

Da Bukarest seit Februar 1964 eine offene Opposition gegen die sowjetische Hegemonie

treibt, konzentriert sich die Offensive Moskaus hauptsächlich darauf, daß der rumänische Widerstand gebrochen werden soll. Die jüngsten Vorgänge im Monat Mai haben der ganzen Welt demonstriert, wie akut die Krise in den Beziehungen zwischen dem russischen Koloß und dem rebellischen kleinen Partner im Süden geworden ist. Die Sowjets bedienten sich dabei einer raffinierteren Taktik, die dicht an der Grenze einer Erpressung stand. Zuerst hat sich Leonid Breschnew zu einem nichtoffiziellen Freundschaftsbesuch in Rumänien für den 10. Mai eingeladen. Dann ließ der Kreml die schwedische Regierung unterrichten, daß Ministerpräsident Kossygin den für Anfang Juli vereinbarten Termin für einen offiziellen Besuch in Stockholm verschieben müsse, weil zu dieser Zeit eine wichtige Ostblockkonferenz stattfinden werde. Unmittelbar danach haben die Sowjets durch eine westliche Presseagentur und durch dunkle Kanäle via London eine Nachricht im westlichen Ausland lanciert, daß Anfang Juli ein Treffen der Regierungs- und Parteiführer in Bukarest stattfinden wird, auf dem Probleme des Warschauer Paktes und des Comecon diskutiert werden. Im Anschluß daran hat der Kreml seinen Partnern Vorschläge für dieses Treffen unterbreitet, die die erwähnte Straffung der Allianz und eine Reform des Comecon bezeichnen. Die rumänischen Kommunisten haben sofort die darin steckende Gefahr erkannt. Sie haben sich kurzerhand entschlossen, den am 7. Mai wiederkehrenden 45. Jahrestag der Gründung ihrer kommunistischen Partei dazu auszunutzen, um noch vor dem Besuch Breschnews der eigenen Nation und der Welt eine oppositionelle Haltung zu diesen Machenschaften Moskaus mit aller Klarheit und Schärfe darzulegen. Der rumänische Parteichef Nicolae Ceausescu hat jede Zentralisierung unter dem Szepter Moskaus als undiskutabel verworfen. Noch stärker als bisher hat sich Bukarest für eine Lockerung der östlichen Allianz engagiert. Das von Moskau lancierte Gipfeltreffen ist fraglich geworden. Im Augenblick weiß man noch nicht, zu welchem Gegenzug sich die sowjetische Führung entscheiden wird, um die Obstruk-

tion Rumäniens zu überwinden. Breschnew und Kossygin sind in einer prekären Lage. Einerseits können sie die Konferenz in Bukarest nicht gewaltsam zustande bringen, andererseits müssen sie damit rechnen, daß,

wenn sie das von ihnen lancierte Treffen nicht abhalten werden, für sie ein neuer und diesmal wahrscheinlich sehr erheblicher Prestigeverlust entsteht.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Idealbild der Demokratie oder manipulierbares Machtinstrument?

Nur noch fünf unserer Kantone haben als oberstes Wahl- und Gesetzgebungsorgan die Landsgemeinde: Ob- und Nidwalden, die beiden Appenzell und Glarus. Und bezeichnenderweise sind es kleine, überwiegend ländliche Stände, deren Verhältnisse noch einigermaßen überschaubar sind. Es stellt sich die Frage, wie lange diese bereits legendär gewordenen Zeugen einer lebendig gebliebenen direkten Demokratie noch fortbestehen und den Anforderungen der Zeit genügen können.

Die jüngste Ausmarchung um diese Frage ist zugunsten der Tradition entschieden worden: Das Obwaldner Volk hat sich am 15. Mai nach leidenschaftlichem Abstimmungskampf mit überraschend großer Mehrheit für die Beibehaltung der Landsgemeinde entschieden; bei einer Stimmteilnahme von fast 68 Prozent legten 2656 Bürger ein Ja, 1707 ein Nein in die Urne. Wer je am letzten Aprilsonntag auf dem herrlich gelegenen Landenberg zu Sarnen als Zaungast diesem Ehrentag der Demokratie beigewohnt hat, der wird sich über den Entscheid freuen.

Für den Obwaldner selbst aber stellt sich nun das Problem zeitgemäßer Reformen. Denn es wird kaum angehen, alles beim alten zu belassen. So stellt sich die Frage, ob der Landsgemeinde nicht auch die Verfassungsgebungskompetenz, die ihr 1922 zum Zwecke der Straffung entzogen worden war, wieder zu geben sei, um sie damit wieder attraktiver zu gestalten. Eines der kritischen Gegenargumente in der Abstim-

mungskampagne verwies nämlich auf die Tatsache, daß die Landsgemeinde jeweils nur etwa von einem Drittel der Stimmrechitgten besucht werde, wobei die vielen Neuzüger offenbar besonders große Mühe bekunden, den Weg auf den Landenberg zu finden. In diesem Umstand ist übrigens ein Hauptmotiv der nunmehr gescheiterten Bewegung zugunsten der Abschaffung zu suchen, da die eher zur Katholisch-konservativen Partei neigende alteingesessene Bevölkerung auf diese Weise bisher deutlicher dominiert hat, als es ihrer eigentlichen Stärke entspräche.

Hier Abhilfe zu schaffen, wird schwierig sein. Noch schwerer aber dürfte es fallen, die von manchen Kreisen beklagte «übermäßige Beeinflussung» der Bürger durch die führenden Männer auf der «Herrentribüne», dem Sitz von Regierung, Parlament und Geistlichkeit im Landsgemeindering herunterzuschrauben. Doch fragt es sich, ob der Bürger der Massendemokratie, der seine Entscheidung zwar geheim im stillen Kämmerlein, aber unter dem Einfluß der modernen Wahl- und Abstimmungspropaganda trifft, sich seine Meinung wirklich selbständiger bilde. Wenn im übrigen angesichts gelegentlicher rhetorischer Entgleisungen, die womöglich durch Radio- oder Fernsehübertragung noch sozusagen auf die Breitleitwand der weiteren Öffentlichkeit projiziert worden sind, stärkere Vorbehalte gegen die ehrwürdige Einrichtung der Landsgemeinde laut werden, so ist den Kritikern entgegenzuhalten, daß es sich hier nicht um folkloristische Darbietungen, sondern um Ausmarchungen um die politische Macht handelt, bei denen es von jeher

hin und wieder allzu menschlich zu und hergegangen ist. — Die weitere Zukunft der Obwaldner Landsgemeinde wird nun stark davon abhängen, ob die geplante Totalrevision der Verfassung die notwendigen institutionellen Anpassungen an die Erfordernisse einer sich rasch wandelnden Zeit bringen wird.

Auf dem Weg zur eidgenössischen Auslegeordnung

Mit dem Stichwort Totalrevision ist ein Gegenstand berührt, der heute viele Kreise der schweizerischen Öffentlichkeit bewegt. Für die kommende Sommersession der eidgenössischen Räte wird die Behandlung der Motion Obrecht erwartet, die den Bundesrat beauftragt, die Frage einer Totalrevision der Bundesverfassung eingehend abzuklären. Zwar hegen weite Kreise Zweifel, daß eine Gesamtrevision politisch möglich sei. Doch steht außer Diskussion, daß es nicht nur wünschbar, sondern staatspolitisch notwendig wäre, die vielen Reformpostulate institutioneller, rechtlicher und politischer Art, die gegenwärtig in der Luft liegen, im Gesamtzusammenhang zu betrachten und zu behandeln. Eine solche eidgenössische Auslegeordnung auf breiter Basis ist eine vordringliche Aufgabe unserer Zeit, gleichgültig ob am Ende wirklich eine Totalrevision zustandekommt oder ob es bei einer Reihe von Partialrevisionen bleibt.

Der faule Kompromiß im Verein der Schweizer Presse

Am 6. November 1965 hatte eine Delegiertenversammlung des Vereins der Schweizer Presse in Luzern beschlossen, einen Entschied von 1954 aufzuheben, der den Kommunisten den Beitritt zur Berufsorganisation der Journalisten verwehrte. Der Beschuß der Delegierten wurde in weitesten Kreisen als ein krasser Fehltritt empfunden, und viele Anzeichen deuteten darauf hin, daß er nicht der Ansicht der Vereinsmehrheit entspreche. In der Folge wurde die Initiative

für eine Urabstimmung der Mitglieder ergriffen, die allerdings aus rechtlichen Gründen nur konsultative Bedeutung gehabt hätte. Der Zentralvorstand seinerseits suchte nach einer Kompromißformel, welche die Aufnahme in die Kompetenz der einzelnen Sektionen legen wollte.

Am 23. April hatte nun eine neue Delegiertenversammlung über diese Anträge zu befinden. Sie folgte dem Kompromißvorschlag und lehnte die Durchführung einer Urabstimmung ab. Die Gründe für diesen Entscheid liegen auf der Hand: Die Delegierten hatten keine Lust, sich der Gefahr auszusetzen, von einer Mehrheit der Mitglieder desavouiert zu werden. Die Kompromißformel bildete unter diesen Umständen eine willkommene Eselsbrücke, um das Gesicht zu wahren. Daß damit zweierlei Recht innerhalb des einen Verbandes entstehen kann, kümmerte sie offensichtlich wenig; das Wichtigste schien den obersten Vereinsorganen zu sein, möglichst wenig Staub aufzuwirbeln und damit möglichst rasch Gras über dieses unrühmliche Kapitel der Vereinsgeschichte wachsen zu lassen.

Der Entscheid des VSP ist nicht nur sachlich bedauerlich; bedenklich muß vor allem auch stimmen, daß die repräsentative Organisation jener, die weitgehend für die politische Meinungsbildung in unserer Demokratie verantwortlich zeichnen, so leistungsfertig und gedankenlos in diese Situation hineingeschlittert ist. Bei der Lage der Dinge wäre es folgerichtig, den ersten Satz des Zweckartikels der Vereinsstatuten zu streichen. Er besagt nämlich, der Verein habe die «Wahrung der Freiheit, Unabhängigkeit und Würde der Schweizer Presse» zum Ziel; von Würde aber war bei diesen Vorgängen wenig mehr zu spüren!

Schweizerische Industrieausstellung in Moskau

Der «Kommunistenbeschuß» des VSP steht im übrigen nicht allein da. Manche Anzeichen deuten gegenwärtig darauf hin, daß die Öffentlichkeit nicht nur unseres Landes in einer Phase der «weichen Welle» steht. Die Ereignisse in Vietnam und die in letzter Zeit

von den Kremlführern bevorzugte Pose der Friedensstifter haben dazu beigetragen, die Kommunisten zunehmend gesellschaftsfähiger erscheinen zu lassen.

Diese Tatsache hat ohne Zweifel auch die Initianten der am 28. Mai eröffneten Industrieausstellung in Moskau in ihrem Vorhaben bestärkt. Weite Kreise der Öffentlichkeit werden sich fragen, ob dieses Unternehmen wirklich nötig sei. Bisher war man hierzulande auf größte Zurückhaltung bedacht, wenn es um die Frage einer Vermehrung des Osthändels ging. Man gab sich Rechenschaft darüber, daß der Handelsverkehr mit dem Westen für die totalitären Oststaaten von jeher vor allem politischen Gesichtspunkten unterstand. Damit ergab sich auch für die freie Welt wohl oder übel die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Ostkontakte politisch zu betrachten. Trotz gelegentlichen Auswüchsen hielt sich dabei der Osthandsanteil der Schweiz bisher in eng begrenztem Rahmen.

Diese politischen Vorbehalte gegenüber dem Osthändel sind ohne jeden Zweifel nach wie vor gültig. Es kann aber nicht übersehen werden, daß die früheren Ansätze einer koordinierten Osthandsstrategie in letzter Zeit immer weniger tragfähig waren. Immer mehr Länder suchten auf dem legendären «großen Markt» des Ostblocks Fuß zu fassen und allfällige andere westliche Konkurrenten auszustechen. Angesichts dieser Entwicklung wäre es wohl nicht ganz gerecht, wollte man von der schweizerischen Industrie weiterhin totale Abstinenz fordern.

Das kann allerdings nicht bedeuten, daß sie damit von jeglicher politischen Verantwortung entbunden wäre. Der Osthändel ist und bleibt ein fragwürdiges Unternehmen, dessen negative psychologische Auswirkungen vor allem auf die Bevölkerung der Satellitenstaaten nicht zu unterschätzen ist. Und jene Illusionisten gar, die glauben, daß vom Kontakt der Oststaaten mit dem freien Handel des Westens liberalisierende Impulse ausstrahlen könnten, verkennen die Situation vollkommen. Der östliche Markt ist ein starres Gebilde, das nach wie vor total planwirtschaftlich orientiert ist. Damit ist auch der Spielraum für westliche Exporte

teure gering. Dazu kommt die Tatsache eines chronischen Devisenmangels der Oststaaten. Das ist einer der Gründe, warum der Osthandel von 1953 bis 1964 nur von 2,3 auf 3 Prozent angestiegen ist.

Trotz der beschränkten Aussichten auf eine weitere Steigerung werden Öffentlichkeit, Behörden und Wirtschaftspolitiker gut daran tun, diesen Bereich mit all seinen politischen Konsequenzen genau im Auge zu behalten.

Außenpolitische Bewegung

Unter den Postulaten für eine Reform der eidgenössischen Politik taucht seit einigen Jahren regelmäßig auch jenes der Dynamisierung unserer Außenpolitik auf. In den letzten Monaten konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage des Beitrags zur UN. Wenn der Bundesrat in seinem allgemeinen Überblick, den er dem Geschäftsbericht 1965 vorausschickte, feststellte, daß das Problem gegenwärtig nicht wirklich aktuell sei, so verkörpert dies aber ohne Zweifel die Essenz der Überlegungen jener Experten, die sich nicht nur idealistisch vom langfristig Wünschbaren, sondern vor allem vom gegenwärtig Zweckmäßigen und politisch Möglichen leiten lassen.

Ist hier also in naher Zukunft keine «Bewegung» zu erwarten — so wenig wie auf dem Gebiet der Integration Europas, die immer noch im Zeichen der internen Spannungen der EWG steht —, so war in der Berichtsperiode doch immerhin auf dem Gebiet der internationalen Handelspolitik ein Fortschritt zu verzeichnen, der als Markstein gelten kann: Am 1. April wurde die Schweiz an einer Plenarsitzung der GATT-Staaten mit 50:0 Stimmen als Vollmitglied in diese Organisation aufgenommen. Das «General Agreement on Tariffs and Trade» ist ein weltumspannender multilateraler Handelsvertrag, der sich zwar vor allem auf zollpolitische Probleme beschränkt, der aber in der praktischen Wirkung Entscheidendes zur Liberalisierung der Welthandelsströme und damit zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit beiträgt. Die gegenwärtige Tätigkeit steht

im Zeichen der sogenannten Kennedy-Runde, welche den bisher größten Schritt in der Liberalisierung darstellt und bei der Vorbereitung auch entsprechend große praktische Schwierigkeiten bietet.

Die Schweiz arbeitete zwar schon seit 1958 als provisorisches Mitglied mit; doch schien unser Agrarprotektionismus ein unüberwindliches Hindernis für eine Vollmitgliedschaft zu bilden. Nicht zuletzt dank einer tatkräftigen Mitarbeit unseres Landes verlor dieser Vorbehalt aber immer mehr an Gewicht, so daß nunmehr ein Eintritt möglich geworden ist, ohne daß die Agrar-

gesetzgebung geändert werden müßte. Dank geschickter Verhandlungskunst ist es damit einmal mehr gelungen, der Schweiz in einem internationalen Gremium einen ihrer Situation entsprechenden Sonderstatus zu verschaffen. Den GATT-Staaten dürfte der Entscheid um so leichter gefallen sein, als sich unser Land auf allen andern Gebieten und insbesondere im währungspolitischen Sektor über eine Politik auszuweisen vermag, welche den liberalen Grundsätzen des GATT auf vorbildliche Weise entspricht.

Spectator

Gleichmäßig bilde deine Kenntnisse aus und bereichere deine Grundlagen, daß du nicht in leere Worte verfallest! Wenn du einen glücklichen Gedanken hast, so sprich nicht, nur um diesen anzubringen, sondern lege ihn zurück; die Gelegenheit kommt immer wieder, wo du ihn reifer und besser verwenden kannst... Wenn du sprichst, so sprich weder wie ein witziger Hausknecht, noch wie ein tragischer Schauspieler, sondern halte dein gutes natürliches Wesen rein, und dann sprich immer aus diesem heraus. Ziere dich nicht, wirf dich nicht in Positur, blick, bevor du beginnst, nicht herum wie ein Feldmarschall oder gar die Versammlung belauernd! Sag nicht, du seist nicht vorbereitet, wenn du es bist; denn man wird deine Weise kennen und es sogleich merken! und wenn du gesprochen hast, so geh nicht herum, Beifall einzusammeln, strahle nicht von Selbstzufriedenheit, sondern setze dich still an deinen Platz und horche aufmerksam dem folgenden Redner. Die Grobheit spare wie Gold, damit, wenn du sie in gerechter Entrüstung einmal hervorkehrst, es ein Ereignis sei und den Gegner wie ein unvorhergesehener Blitzstrahl treffe! Wenn du aber denkst, je wieder mit einem Gegner zusammen zu geben und gemeinsam mit ihm zu wirken, so hüte dich davor, ihm im Zorne das Äußerste zu sagen, damit das Volk nicht rufe Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!

Gottfried Keller